Abend-Ausgabe

96. Jahrgang. Nr. 253 — Dienstag, 31. Mai 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.20 Mk. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Verlag. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag U. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 18 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Empfänge bei Hindenburg durchgeführt

Uebergangskabinett, Reichstagswahl im Herbst

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 31. Mai. Der Reichspräsident setzte am Dienstagvormittag die Parteiführerempfänge fort. Zunächst hatte er eine Besprechung mit dem Führer der Zentrumspartei, Prälat Kaas, der in Begleitung des Fraktionsführers Perlitius erschienen war. Es folgte dann Geheimrat Hugenberg von den Deutschnationalen, der zusammen mit dem Führer der preußischen Fraktion, von Winterfeldt, empfangen wurde. Für die Volkspartei erschien hierauf Dr. Dingeldey, im Anschluß von der Wirtschaftspartei die Herren Drewitz und Mollath. Die restlichen Parteiführer werden am Dienstagnachmittag Gelegenheit haben, vom Reichspräsidenten gehört zu werden. Damit wird dann die erste Phase der Vorbereitung zur Neubildung des Kabinetts abgeschlossen sein.

Mit der Ernennung des neuen Reichskanzlers wird jetzt in politischen Kreisen für Mittwoch gerechnet.

Als Kandidaten hört man die Namen des früheren Zentrumsabgeordneten von Papen, der wegen seiner scharfen Rechtseinstellung bei der Preußenwahl von der Zentrumspartei nicht wieder aufgestellt worden ist, ferner den Essener Oberbürgermeister Dr. Bracht, der ebenfalls auf dem rechten Flügel des Zentrums steht, den Vorsitzenden der rheinischen Bauernvereine von Lüninck, Bonn, der sich als scharf rechtsstehender Katholik einen Namen gemacht hat, und schließlich den früheren Reichswehrminister Dr. Geßler, der in der Reichsreformbewegung eine Rolle spielt und persönliche Beziehungen zum Reichspräsidenten unterhält. Zuverlässiges über die Persönlichkeit, die der Reichspräsident im Auge hat, ist jedoch noch nicht bekannt.

Demgegenüber scheinen für einige Ressorts bereits die Namen festzustehen.

Als Reichsfinanzminister ist Herr v. Schwerin-Krosigk ausersehen, ein leitender Ministerialbeamter, der als finanzpolitische Autorität gilt und insbesondere die Notlage der deutschen Gemeinden genau kennt. Für das Reichswehrministerium steht nach wie vor General v. Schleicher in Front. Für das Außenministerium wird mit wachsender Bestimmtheit der deutsche Delegationsführer auf der Abrüstungskonferenz und Botschafter in Angora, Nadolny, genannt, während die ebenfalls genannte Kandidatur des deutschen Botschafters in London, v. Neurath, in den Hintergrund getreten zu sein scheint.

Der Plan des Reichspräsidenten geht nun dahin, ein solches Kabinett der Minister seines Vertrauens baldmöglichst zu konstituieren.

Es scheint, daß sich die Nationalsozialisten unter gewissen Bedingungen damit einverstanden erklärt haben, eine solche Regierung zunächst zu tolerieren.

Die nationalsozialistischen Bedingungen sind:

1. Neuwahl des Reichstags im Herbst, wahrscheinlich im September.
2. Aufhebung des SA.-Verbotes.
3. Aufhebung der Pressenotverordnung und Zurverfügungstellung des Rundfunks auch für die NSDAP.

Diese Ansprüche werden in nationalsozialistischen Kreisen als Mindestforderungen bezeichnet. Im Reichspräsidentenpalais scheint man sich darüber klar zu sein, daß diese Forderungen erfüllt werden müssen, wenn ein parlamentarisches Uebergangskabinett überhaupt ermöglicht werden soll. Die Deutschnationalen würden sich unter Umständen der Tolerierung anschließen. Ihre Wünsche umfassen allerdings auch, soweit wir unterrichtet sind, eine Aenderung im Reichsbankpräsidium. Die Frage ist nun, wie sich die Zentrumspartei verhält. Entschließt sich das Zentrum zur Tolerierung, dann kommt es zu dem Uebergangskabinett bis in den Herbst hinein, andernfalls dürfte der Reichstag sofort aufgelöst werden.

Regierungskrise und Lausanner Konferenz

Das Echo des Auslandes

Paris, 31. Mai. Die gestrigen Ereignisse in Deutschland sind auch hier das alles beherrschende Thema der heutigen Presse. **„Petit Parisien"** erklärt, am Vorabend der Lausanner Konferenz dürfe man weder in London noch in Washington und Paris allzugroße außenpolitische Befürchtungen hegen.

„Oeuvre" wirft die Frage auf, mit wem Frankreich in Lausanne verhandeln werde, und antwortet, mit einem Deutschland, das hoffentlich wissen werde, was es wolle, und das sei wenigstens eindeutig. Auch **„Ere Nouvelle"** ist der Ansicht, daß die Lage wenigstens den Vorteil habe, klar zu sein. Das Blatt spricht übrigens davon,

daß man von der Weimarer Politik nur noch als von einer Erinnerung reden könne.

Der sozialistische **„Populaire"** schreibt, Hitler warte auf seine Stunde. Für ihn sei das kommende Ministerium nur ein Uebergangskabinett. „Aber wie dem auch sei: trübe Tage erwarten Deutschland. Die letzte republikanische Regierung hat ausgelebt."

Der nationalistische **„Figaro"** schreibt, man erlebe in Deutschland heute die Rückkehr zur Vorkriegszeit. Eine neue Aera deutscher Politik beginne. Der alte preußische Geist der Junker und militärischen Elemente werde aufs neue in Deutschland regieren. **„Ami du Peuple"** erklärt, der erzwungene Rücktritt des Kabinetts Brüning eröffne den gefährlichsten Möglichkeiten Tor und Tür.

Aus diesem Reigen hebt sich vorteilhaft **„La Victoire"** hervor. Das Blatt Hervés vertritt den Standpunkt,

daß Frankreich das Anschwellen der Hitlerbewegung hätte verhindern können, wenn es rechtzeitig notwendige Konzessionen gemacht,

d. h. in erster Linie eine ernsthafte Revision des Versailler Vertrages, den Deutschland als demütigend und ungerecht ansieht, vorgenommen hätte.

Die deutsche Regierungskrise als Vorwand

Paris, 31. Mai. Die französischen Finanz- und Wirtschaftskreise lassen schon jetzt durchblicken, daß sie die deutsche Regierungskrise als Vorwand für ihre bekannten Verschleppungsabsichten zu benutzen gedenken. Die stets gutunterrichtete „Agence économique et financière" schreibt, wenn Hindenburg die Absicht habe, ein Uebergangskabinett zu bilden und Neuwahlen zum Reichstag abzuwarten, die es Hitler gestatten würden, die Macht zu ergreifen,

dann würden sich die Unterhändler in Lausanne deutschen Vertretern gegenübersehen, deren Vollmachten nicht ausreichten.

Die neue französische Regierung würde unter diesen Voraussetzungen die notwendige Zeit haben, um ihre Haltung danach einzurichten und wenn möglich in Uebereinstimmung mit London die Beschlüsse zu fassen, die sich aus der Lage ergäben. Das würde heißen, die Konferenz bis auf weiteres zu vertagen.

An Englands Haltung ändert sich nichts

London, 31. Mai. Macdonald wurde am Montagabend über die Ereignisse, die in Deutschland stattgefunden hatten, amtlich unterrichtet. Er trat daraufhin telephonisch mit seinen Kabinettskollegen in London in Verbindung. Späterhin fand eine Sitzung unter Leitung von Baldwin statt, auf der von dem Rücktritt Brünings und den sonstigen Vorgängen in Deutschland sowie von der Auffassung in Frankreich Kenntnis genommen wurde. Es wurde die Ansicht vertreten, daß durch den Rücktritt Brünings eine neue Lage geschaffen sei, und daraufhin beschlossen,

die Rückwirkungen auf die Lausanner Konferenz auf der Kabinettssitzung am Mittwoch zu besprechen.

In den zuständigen Kreisen wurde daraufhin der Auffassung Ausdruck gegeben, daß nach Ansicht der englischen Regierung nach wie vor die Eröffnung der Lausanner Konferenz zur festgesetzten Zeit, nämlich am 16. Juni, wegen des Ablaufs des Hoovermoratoriums dringend notwendig sei. Man erwarte nicht, daß die Ereignisse irgendeine Aenderung der britischen Politik herbeiführen werden. Von den Beschlüssen und Auffassungen des Kabinetts am Mittwoch wird der genaue Zeitpunkt der Rückkehr Macdonalds nach London abhängen.

Schweizer Lob für Hindenburg

Bern, 31. Mai. Der Rücktritt der deutschen Regierung wird in der Schweizer Presse lebhaft kommentiert. Der **„Bund"** schreibt: Der Reichspräsident wird tatsächlich zu der Ueberzeugung gekommen sein, zum Wohle des Volkes zu handeln. Er sah wohl die Grenzen des bisherigen Systems und erkannte die Notwendigkeit, etwas anderes zu versuchen. Obwohl der Verdacht einer Beeinflussung von rechts her sehr nahe liegt, so wird er seine Entscheidung kaum einer Clique zuliebe, sondern nur aus der ihm eigenen Pflichtauffassung heraus getroffen haben. Der gestrige rechtsradikale Wahlerfolg in Oldenburg klärte neuerdings über die politische Entwicklung der großen deutschen Volksmassen auf.

Sie wäre sowieso bald über Brüning hinweggegangen.

Das **„Berner Tageblatt"** erinnert an den äußerst heftigen Feldzug, den bei der Reichspräsidentenwahl Nationalsozialisten und Deutschnationale gegen Hindenburg geführt haben. Wenn Hindenburg jetzt eben diese ins Kabinett berufen wolle, so zeige er wirklich eine bewundernswürdige Größe des Charakters. Er wolle nichts als der über den Parteien stehende, einzig dem Vaterland dienende Reichspräsident sein.

Amerika lehnt Teilnahme an Lausanne ab

Washington, 31. Mai. Die amerikanische Regierung hat die Aufforderung des englischen Ministerpräsidenten Macdonald, sich an der Lausanner Konferenz zu beteiligen, abgelehnt.

Seit dem letzten Freitag hatte Macdonald in täglichen Telephongesprächen Staatssekretär Stimson vorgeschlagen, die Lausanner Konferenz durch Wirtschaftsbesprechungen hauptsächlich über Zoll-Embargofragen usw. auf eine breitere Grundlage zu stellen, um eine Wiederbelebung der Weltwirtschaft unter Teilnahme Amerikas herbeizuführen. Nach dem letzten Telephongespräch am Montagnachmittag hatte Stimson eine längere Besprechung mit Präsident Hoover, der den Vorschlag Macdonalds ablehnte. Diese Entscheidung wird mit dem Hinweis begründet, daß Lausanne eine Reparationskonferenz zwischen Deutschland und seinen Reparationsgläubigern sei. Welthandelsangelegenheiten, Zoll- und Embargofragen werden in Washington als unwesentlich (extraneous) angesehen.

Luftfahrtvereinbarung Deutschland - Amerika

Berlin, 31. Mai. Am Dienstag hat im Auswärtigen Amt ein Notenaustausch zwischen Staatssekretär v. Bülow und dem amerikanischen Botschafter Sackett stattgefunden, durch den eine Vereinbarung über den Luftverkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten abgeschlossen worden ist. Die Vereinbarung enthält die Bedingungen, unter denen zivilen Luftfahrzeugen des einen Landes gestattet ist, Flüge in das andere Land auszuführen. Gleichzeitig wurde zwischen den beiden Ländern eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach die von einem der beiden Staaten ausgestellten Lufttüchtigkeitszeugnisse von Luftfahrzeugen, die als Handelsware in das andere Land ausgeführt werden, dort anerkannt werden. Die beiden Vereinbarungen treten mit dem 1. Juni 1932 in Kraft.

Dr. Goebbels zum Rücktritt Brünings

Berlin, 31. Mai. Reichstagsabgeordneter Dr. Goebbels nahm in einer von ungefähr 7000 Amtswaltern besuchten geschlossenen Versammlung der Nationalsozialisten zu den neuesten politischen Vorgängen Stellung. Nachdem Dr. Goebbels einen Ueberblick über die politische Entwicklung der letzten zwei Jahre seit Bestehen des Kabinetts Brüning gegeben hatte, kam er zu dem Schluß,

daß durch den Sturz des Kabinetts der grundlegende System- und Kurswechsel in Deutschland eingeleitet worden sei.

Vorbedingung sei, daß den Nationalsozialisten nunmehr auch entsprechend dem in allen Wahlen zum Ausdruck gekommenen Volkswillen die Macht in Deutschland gegeben würde. Demzufolge sei es notwendig, daß erst einmal der Reichstag aufgelöst würde, um so klare und eindeutige Machtverhältnisse zu schaffen. Voraussetzung für diese Wahlen sei aber, daß sämtliche einschränkenden Notverordnungen hinsichtlich Presseknebelung, SA.-Verbot usw. aufgehoben würden, um so ein unbeeinflußtes Bild der wahren Volksmeinung in Deutschland zu bekommen. Weiter wandte sich Dr. Goebbels der Frage zu, wie nunmehr die Verhältnisse in Preußen gestaltet würden. Hier führte er unter anderem aus, daß durch die letzten Notverordnungen das Eigenleben der Länder so beschnitten worden sei, daß eine Aenderung nur über das Reich durchgeführt werden könne. Koalitionen könnten von den Nationalsozialisten nur dann eingegangen werden, wenn sie die Gewähr hätten, daß die grundlegenden programmatischen Forderungen der Nationalsozialisten zur Ausführung gelangten.

Gottlosenbüro nach Moskau verlegt

Moskau, 31. Mai. Die Gottlosen-Internationale, die bisher ihren Sitz in Berlin hatte und die durch die Notverordnung des Reichspräsidenten gezwungen worden war, ihre Büros in Deutschland zu schließen, ist jetzt nach Moskau übergesiedelt. Die Gottlosen-Internationale will jedoch später ihren Sitz entweder nach Prag oder nach London verlegen, falls die Behörden dieser Länder keinen Einspruch dagegen erheben.

Vier Opfer kommunistischen Ueberfalls

Burscheid, 31. Mai. Einige Nationalsozialisten wurden heute früh gegen 1 Uhr von Kommunisten beschossen, als sie von einer Kundgebung in Wermelskirchen durch Hilgen kamen. Dabei wurde der Nationalsozialist und Polizeibeamte a. D. Kehrer getötet. Drei Nationalsozialisten aus Burscheid wurden schwer verletzt. Die Täter flüchteten. Einige Beteiligte wurden verhaftet.

Die letzten Japaner verlassen Schanghai

Schanghai, 31. Mai. Die letzten japanischen Truppen unter Führung des Generals Uyeda werden heute nachmittag eingeschifft werden, um nach Japan zurückgebracht zu werden. In Schanghai werden lediglich insgesamt hundert japanische Polizisten, Land- und Seesoldaten zurückbleiben. Es handelt sich dabei um das japanische Kontingent, das bereits vor den japanisch-chinesischen Zwischenfällen in Schanghai stationiert war.

SLUB
Wir führen Wissen.